

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Stadtschreiber Tagesblatt Riesa,
Garnison Nr. 20.

Das Riesauer Tagesblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Reichen.

Postfach Nr. 100
Stroßstraße Riesa Nr. 22.

Nr. 293.

Freitag, 17. Dezember 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesauer Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kuffschlag, Feile Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Kolonialdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Offener Ausbruch der Krise.

Die Große Koalition zerschlagen. — Das Reichskabinett wird nicht zurücktreten.

Erklärungen des Kanzlers im Reichstag. — Scharfe Angriffe Scheidemanns gegen die Reichswehr.

Deutscher Reichstag.

17. Verlin, Donnerstag, 16. 12. 26.

Am Regierungstische: Reichskanzler Marx, Außenminister Dr. Stresemann, Reichswehrminister Dr. Wehler und die übrigen Mitglieder des Reichskabinetts. Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Lesung der Vorlage zur Verlängerung des

Sperregesetzes für die Fürstenaufeinanderziehung.

Abg. Dr. Pfeiffer (D. V. P.) empfiehlt im Namen des Rechtsausschusses die Annahme des Gesetzentwurfs. Der Ausschuss hat dem Artikel 1 eine neue Fassung gegeben, wonach die Länder ermächtigt werden, im Wege der Gesetzgebung zu beschließen, daß Gegenstände, die zu einer Vermögensmehrung gehören, und über deren Verteilung Streit besteht, nur mit Zustimmung des Landes an Dritte veräußert werden können. Diese Bestimmung gilt nicht für Verfügungen im Rahmen einer ordnungsmäßigen Wirtschaft.

Abg. Noltenius (Soz.) wirft die Frage auf, ob die gegenwärtige Regierung noch das Recht habe, ein solches Gesetz zu erlassen. Die neue Formulierung sei eine erhebliche Verschärfung, die Verantwortung dafür tragen die bürgerlichen Parteien. Nur notgedrungen könne die sozialdemokratische Fraktion dem Gesetz an.

Abg. Dr. Noltenius (Komm.) erklärt, im Ausschuss habe sich gezeigt, daß die Demokraten noch reaktionärer seien als die Thüringer Deutschnationalen.

Nach kurzen Ausführungen eines Vertreters der thüringischen Regierung und der Abg. Freiherren v. Richthofen (Dem.) und Dietrich-Thüringen (Soz.), wird die Vorlage in zweiter und dritter Lesung gegen Deutschnationale und Wölkliche angenommen. Der Präsident stellt fest, daß die erforderliche Zweidrittelmehrheit vorliegt.

Es folgt dann die

dritte Beratung des Nachtragshaushalts.

Verbunden damit sind die Mißtrauensvoten der Kommunisten gegen das Reichskabinett und gegen den Reichswehrminister im besonderen.

Unter allgemeiner Spannung nimmt sofort Reichskanzler Dr. Marx das Wort.

Reichskanzler Dr. Marx

gab folgende Erklärung ab: Die Fraktion der sozialdemokratischen Partei hat durch Beschluß vom 9. Dezember festgelegt, daß sie eine Entscheidung über die künftige Haltung der Reichsregierung für notwendig halte und daß sie diese Entscheidung bei der dritten Lesung des Nachtragshaushalts herbeiführen werde.

Die Reichsregierung lieh sich demgegenüber von dem Gedanken leiten, daß angesichts der außenpolitischen Lage und der dadurch gebotenen Notwendigkeit, für die Lösung einiger bestimmter in Genuß noch unentschieden gebliebener Streitfragen verhandlungsfähig zu bleiben, eine Regierungskrise wenn irgend möglich vermieden werden müsse. Aus der Gesamtschauung der letzten Zeit heraus hat die Reichsregierung daher die Initiative für Verhandlungen mit der Sozialdemokratie als der größten Oppositionspartei zur Erzielung einer Verbreiterung der Regierungsbasis ergriffen.

Die Regierungsparteien billigten ohne Ausnahme diesen Entschluß der Regierung, sobald am Nachmittag des 15. Dezember der Sozialdemokratischen Partei mitgeteilt werden konnte, die Reichsregierung sei in Übereinstimmung mit den Regierungsparteien bereit, in Verhandlungen mit der Sozialdemokratischen Fraktion einzutreten, mit dem Ziele der Bildung der großen Koalition. Die Sozialdemokratische Fraktion hat dann befaßlich geteilt, indem sie zwar zu Verhandlungen über die Bildung der großen Koalition bereit erklärte, zugleich aber den Rücktritt der Reichsregierung verlangte.

Die von der Reichsregierung und den Regierungsparteien beabsichtigten Verhandlungen mit der Sozialdemokratischen Fraktion hätten ihren Fortgang genommen, ohne daß die Autorität der Regierung nach innen und außen geschwächt worden wäre. Der geforderte Rücktritt der Reichsregierung müßte für eine längere Zeit zu einer nur geschäftsführenden Regierung führen, da unter den obwaltenden Verhältnissen eine rasche Lösung der Krise unmöglich erscheint. Die Reichsregierung vermag die Verantwortung für einen solchen Zustand, der mit den inneren und äußeren Interessen der Nation verbunden ist, nicht zu übernehmen; sie muß diese Verantwortung denjenigen Parteien des Reichstags überlassen, die durch ihre Beschlüsse ihn herbeiführen.

Namens der Reichsregierung habe ich daher die Erklärung abgegeben, daß die Regierung entschlossen ist, nicht zurückzutreten. Das weitere muß sie der Entscheidung des Reichstags überlassen.

Abg. Scheidemann (Soz.)

weist auf die schwere Entscheidung hin, in die man eingetreten beginnt. Die sozialdemokratische Partei stehe dem Schicksal

des deutschen Volkes nicht gleichgültig gegenüber. Wir haben, so fährt der Redner fort, stets aus Liebe zum Volke gehandelt. Wir verstehen es durchaus, daß es den Diffizilen der alten Armee schwer fällt, sich in die neuen Verhältnisse hineinzufinden. Es muß aber eine Staatsgewalt da sein, die imstande ist, ihre Autorität aufrecht zu erhalten. Eine Reichswehr, die fast das Gegenteil eines Friedensinstrumentes darstellt (leb. Widerspruch rechts), muß geändert werden. Ich danke dem Herrn General Dene für seine Erklärung, aber der von ihm als erwünschtes Ziel bezeichnete Zustand der Reichswehr ist eben noch nicht vorhanden. Die Reichswehr bildet heute noch einen Staat im Staat. Kein Volk ist über seine Wehrmacht so schlecht unterrichtet wie das deutsche. Für das Ausland bilden die Dinge, die ich hier vorbringen will, nichts Neues mehr. (Lärm rechts: durch Lärm!) Der Etat des Reichswehrministeriums ist nicht durchsichtig genug; er muß ganz genau geprüft werden. Das Reichswehrministerium hat eine sogenannte Sondergruppe „S. G.“ Diese hat bei dem Abbruch von Verträgen zwischen den Junkers-Flugzeugwerken und Moskau mitgewirkt.

Seit 1925 sind für diese S. G. jährlich etwa 70 Millionen Goldmark gezahlt worden. Der Redner teilt weitere Einzelheiten über die Einzahlungen der S. G. auf das Konto russischer Waffenfabriken mit. Das deutet auf eine unmittelbare Verbindung des Reichswehrministeriums mit Russland hin, eine Abhängigkeit, die im Ausland zu schaffen. An den Verträgen mit Russland ist der General Dene beteiligt, der mit falschem Namen unterzeichnet hat. Große Unruhe rechts und links: Unruh! Unruh! Unruh! — Abg. Graf Bethow (Dnat.): das ist Vandalismus! — Unter großer Erregung verlassen die Deutschnationalen und Wölklichen den Saal. Oberst a. D. Koch habe mit Genehmigung des Reichswehrministeriums Vortragsrechte über militärische Ausbildung in Arbeitgeberverbänden gehalten. General v. Tschischow habe in einem Vortrag in Rostock gesagt, unser Volk müßte wieder wehrhaft gemacht werden. Dazu gehörten besonders Ausbildungskurse für Angehörige der Reichswehr, sogenannte Sportlehrer. Ehemalige Offiziere sollten als Kreisoffiziere auf Privatdienstverträge eingestellt werden. In Pommern seien für 30 Orte 36 Kreisoffiziere eingestellt worden. Angestellt würden nur ganz rechtsgegenehme Offiziere. Sie hätten Bestände von „Instrumenten“ zu verwalten und je nach Bedarf dahin und dorthin zu schicken. Die Marine sei auf die Bindung eingegangen, der D. G. Waffen zur Verfügung zu stellen. In Dithmarschen seien der D. G. 12 Maschinengewehre von der Marine zur Verfügung gestellt worden. Die Marine war feinergeteilt bereit, ihre Mannschaften der D. G. zu unterstellen. (Lärm, Hört! Hört!) Nach Niederlegung des Hitler-Bußches richtete sich die Wut gegen den General von Zeck, den man mit „Gasbomben“ erlegen wollte. Der für die Tat äußerliche Mörder werde heute noch von der Marinekassette Kiel bestraft. (Hört, Hört!) Das Kleinfahrzeugverbot sei vielfach außerordentlich, weit entwickelt; sie arbeiteten mit Stummrollen und Kartellen. Seit Frühjahr 1926 schide man Reichswehrunteroffiziere zwecks Ausbildung in die vaterländischen Verbände. Das sei ein Beweis, wie sehr sich Reichswehr und Marine unter das Joch dieser Verbände gebeugt hätten.

Der Redner weist dann auf die Enthüllungen des Hochmeisters des „Jungdeutschen Ordens“, Wöhrmann, hin, der zuerst die größte sogenannte nationale Organisation geschaffen habe, dann aber umgeschwenkt sei, weil er erkannt habe, daß gewisse Kreise die Verbände nur zur Gewinnung der Macht im Innern benutzen wollten. Die Kleinfahrzeugverbände schloß vielfach auf der Reichswehr gehörigem Gelände, dessen Benutzung a. B. dem Reichsbanner verweigert worden sei. Der Redner weist weiter hin auf Geländebestrebungen von Reichsorganisationen in Verbindung mit der Reichswehr. In Neubrandenburg habe der „Stahlhelm“ die Einquartierung von Reichswehr übernommen. Von den Veröffentlichungen des „Manchester Guardian“ über Lieferung von Flugzeugen aus Junkers-Fabriken in Russland werde er im einzelnen nicht reden. (Lärm bei den Kommunisten: Ranu? warum denn nicht?)

Die Kommunisten würden auch noch auf ihre Rechnung kommen. Auf das Dementi der Reichswehr sei nicht viel zu geben. Die Reichswehr habe aus Furcht vor einem kommunistischen Putsch sich Oranien in Russland bestellt. Die Waffen seien zu Schiff nach Estlin gebracht worden. Die kommunistische Gasenalle in Leningrad solle davon orientiert werden sein. In den Schiffen seien 4 000 Tonnen sehr gefährliche Stoffe gewesen, die als Bomben und Aluminium defakriert gewesen seien. Er wolle die Gefahren für die Republik nicht übertreiben. Sie sei heute, morgen und übermorgen noch nicht bedroht. Aber in gewissen Zeiten werde eine bewaffnete Macht, die der Republik feindlich gegenüberstehe, zu einer ungeduldeten Gefahr. Daher fordere die Sozialdemokratie eine Reform der Reichswehr an Haupt und Gliedern. Ein anderer Geist muß in die Reichswehr einziehen. Die Sozialdemokratie habe schon ihre Forderungen an die Reichsregierung überreicht, des Verbots jeglicher Verbindung von Angehörigen der Reichswehr und Reichsmarine mit den vaterländischen Verbänden, Verbot jeglicher Spenden an die Reichswehr, genaue Kontrolle des Reichswehrvertrages usw. Die Bedeutung der geheimen Rationen wolle er nicht übertreiben, aber im Ausland bildeten sie ein

hartes Argument gegen die ehelichen Absichten der deutschen Republik. Herr Stresemann könne ein Lied davon singen. In Russland wünsche man dringend ein gutes Verhältnis. Die deutsche Reichswehr dürfe aber der Sowjet-Ruß nicht als Hilfe für die Weltrevolution dienen. Die Sozialdemokraten wollten Moskaus Freunde sein, aber nicht Moskaus Karren. Deshalb keine Sowjet-Ruktion mehr für deutsche Geschäfte. Dr. Wehler habe sieben Jahre an der Spitze der Reichswehr gestanden. Das Ergebnis seien die heutigen Zustände.

Deshalb verweigere die Sozialdemokratie besonders Dr. Wehler das Vertrauen. Wenn in der Koalition alles zerfallen wird, so sei es geschehen durch die Schuld des deutschnational gekennnten Dr. Scholz. Die Sozialdemokratie werde ein Mißtrauensvotum gegen die gesamte Reichsregierung einbringen. (Leb. Beifall der Sozialdemokraten.)

Reichskanzler Dr. Marx

verleihe eine Regierungserklärung, in der eine Politik der Reichswehr ausdrücklich abgelehnt wird. Den Reichswehrgeschäftlichen soll die Zugehörigkeit zu den sogenannten Verbänden streng verboten werden. Ebenso sei die Annahme von Spenden durch die Reichswehr verboten. Der Etat der Reichswehr könne in der gewünschten Form vorgelegt werden. Ueber die Rede des Abg. Scheidemann kann ich, so betont der Kanzler, nur mein allerbestes Bemühen ausdrücken. (Stürmische Zustimmung bei den Regierungsparteien.) Die Vorwürfe des Abg. Scheidemann liegen so weit zurück, oder haben sich in so andersgearteten Verhältnissen zugetragen, daß ich ihr Vorbringen heute in keiner Weise als berechtigt ansehen kann. Ich muß im übrigen mein großes Befremden darüber zum Ausdruck bringen, daß der Abg. Scheidemann hier eine große Zahl von Fällen vorgetragen hat, die erst vor kurzem der Reichsregierung von einem Fraktionsgenossen des Abg. Scheidemann vorgelegt worden sind, und deren entgegenkommende Prüfung die Reichsregierung ausgesetzt hat. (Leb. Hört! Hört!) Bei vielen Fällen ist die Unrichtigkeit der Behauptungen übrigens bereits erwiesen.

Ich halte es für eine selbstverständliche Pflicht der Reichsregierung, mit aller Entschiedenheit zu erklären, daß sie einen Zweifel an der Integrität und Treue der Reichswehr nicht hegt, sondern die Reichswehr noch wie vor als zuverlässiges Instrument der Reichsregierung betrachtet. (Leb. Zustimmung.)

Abg. v. Guérard (Str.)

beantragt nunmehr, die Sitzung um eine Stunde zu unterbrechen.

Abg. v. Gräfe (Wölk.)

erklärt, man müsse den Worten Scheidemanns die allergrößte Beachtung entgegenbringen. (Leb. Beifall rechts.) Die Pause wird beschloffen.

Abg. v. d. Schulenburg (Dnat.)

gibt dann eine Erklärung ab, in der es heißt: Der deutsche Reichstag ist heute durch die Ausführungen des Abg. Scheidemann, die uns mit tiefster Entrüstung erfüllen, der Schauplatz eines Vorkommnisses geworden, das wir in einer deutschen Volksgemeinschaft bisher für unmöglich gehalten haben. (Leb. Zustimmung rechts; Gelächter bei den Soz.) Wären die Behauptungen des Abg. Scheidemann wahr, so wäre durch seine Rede der Tatbestand des Landesverrats in jeder Hinsicht erfüllt. (Leb. Zustimmung rechts; Lärm bei den Soz.) Wir sind aber der festen Überzeugung, daß sie unwarhaft sind. Auf sie auch nur ein Wort der Erwiderung zu verwenden, verbietet uns unser Gefühl für Selbstachtung und nationale Würde. (Beifall rechts.)

Ich beschränke mich daher darauf, im Namen meiner Fraktion folgende Erklärung abzugeben: Die deutsche Wehrmacht ist in den kritischen Entwicklungen der letzten Jahre der feste Halt der Ordnung in unserem Vaterlande gewesen. Deshalb bedauern wir doppelt, daß sie neuerdings die Ziele der Reichsregierung, vielfach verlesenerlicher Angriffe geworden ist. Unter dem Vorwande einer Entpolitisierung versucht man, aus der Reichswehr ein willkürliches Werkzeug einzufügen, partipolitische Bestrebungen zu machen. Wir vertrauen darauf, daß hiervon unberührt, die Wehrmacht auch weiterhin in selbstloser Hingabe an den Dienst ihre schwere, ernste Pflicht erfüllen wird. Dafür darf sie aber auch erwarten, daß Regierung und Reichstag sie gegen solche Bestrebungen bestreben, die vielfach offenen Landesverrat darstellen, in Schutz nehmen. Nur so ist die Gewähr gegeben, daß Dienstfreudigkeit und Staatsgesinnung weiterhin die